

Thema 01 (Betreuer: Prof. Dr. Kai-Uwe Marten)**Neuregelungen für Kleinstkapitalgesellschaften durch das MicroBilG**

Das Bundesministerium der Justiz (BMJ) hat Ende Dezember 2012 im Bundesgesetzblatt das Gesetz zur Umsetzung der sogenannten Micro-Richtlinie 2012/6/EU über Erleichterungen der Rechnungslegung für Kleinstunternehmen (MicroBilG) veröffentlicht. Dieses sieht vor, sogenannte Kleinstkapitalgesellschaften (Kleinstbetriebe, welche in der Rechtsform einer Kapitalgesellschaft oder einer Personenhandelsgesellschaft ohne natürliche, vollhaftende Personen firmieren), von bestimmten Anforderungen an die Rechnungslegung und Offenlegung zu entlasten.

Das Ziel der zu erstellenden Seminararbeit ist es, ausgehend von einer Darstellung der historischen Entwicklung des MicroBilG, die wesentlichen Änderungen, die sich für das HGB durch dieses Gesetz ergeben, darzustellen. Die neuen Vorschriften sollen dabei zu den aktuellen Regelungen im HGB abgegrenzt werden. Abschließend sind die dargestellten Sachverhalte einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Einstiegsliteratur:

Haller, A./Groß, T. (2012): Der MicroBilG-RegE – Vereinfachungen der Rechnungslegung für Kleinstkapitalgesellschaften im Eiltempo – Update zum Beitrag Haller/Groß DB 2012 S. 2109 ff., in: Der Betrieb, Jg. 65, Heft 43, S. 2412-2414.

Küting, K./Eichenlaub, R./Strauß, M. (2012): MicroBilG-E: Geplante Gesetzesänderungen zur Erleichterung der Rechnungslegung und Offenlegung von Kleinstkapitalgesellschaften, in: Deutsches Steuerrecht, Jg. 50, Heft 33, S. 1670-1674.

MicroBilG (2012): Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2012/6/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG des Rates über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen hinsichtlich Kleinstbetrieben (Kleinstkapitalgesellschaften-Bilanzrechtsänderungsgesetz – MicroBilG) vom 20. Dezember 2012, in: BGBl. I. S. 2751.

Richtlinie 2012/6/EU (2012): Richtlinie 2012/6/EU des europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Änderung der Richtlinie 78/660/EWG des Rates über den Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen hinsichtlich Kleinstbetrieben, in: ABl. EU Nr. L 81 vom 21. März 2012, S. 3-6.

Schellhorn, M. (2012): Anmerkungen zum Kleinstkapitalgesellschaften-Bilanzrechtsänderungsgesetz, in: *Der Betrieb*, Jg. 65, Heft 41, S. 2295-2299.

Zwirner, C./Zimny, G. (2012): MicroBilG: Gesetzentwurf bringt kaum Veränderungen zum Referentenentwurf Regierungsentwurf vom 19.9.2012 – Tatsächliche Erleichterungen für die Praxis sind weiterhin fraglich, in: *Zeitschrift für Bilanzierung, Rechnungswesen und Controlling*, Jg. 36, Heft 10, S. 432 f.

Thema 02 (Betreuer: M.Sc. Franz Patrik Grimmeisen)

Bilanzpolitische Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Goodwillbilanzierung nach IFRS

Die bilanzielle Behandlung des Goodwill ist zu einer der größten Herausforderungen im externen Rechnungswesen avanciert und zwar für Abschlussersteller, Abschlussprüfer und Abschlussadressaten. Der Goodwill hat bei vielen Unternehmen infolge zahlreicher Unternehmenszusammenschlüsse beträchtliche Ausmaße angenommen und stellt nicht selten einen der größten Aktivposten der Bilanz dar. Aus diesem Grund ist die Bilanzierung des Goodwill von zentraler Bedeutung, da diese sich wesentlich auf die Vermögens- und Ertragslage der kapitalmarktorientierten Unternehmen in Deutschland auswirken kann.

Seit dem Jahr 2005 sind alle deutschen kapitalmarktorientierten Unternehmen verpflichtet, den Konzernabschluss entsprechend den Regelungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) aufzustellen. Diese Neuerung hat die bilanzielle Behandlung des Goodwill grundlegend geändert und den sogenannten Impairment Only Approach implementiert, nach dem der Goodwill nun mindestens einmal jährlich auf seine Werthaltigkeit getestet werden muss. Im Schrifttum werden insbesondere die zahlreichen Ermessensspielräume, die sich bei der Goodwillbilanzierung ergeben, kontrovers diskutiert. Ziel der Seminararbeit ist es, die bilanzielle Behandlung des Goodwill zu skizzieren, um anschließend die weitreichenden Ermessensspielräume bei der Goodwillbilanzierung aufzuzeigen. Die Ergebnisse sind einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Einstiegsliteratur:

Ballwieser, W./Beyer, S./Zelger, H. (2008): Unternehmenskauf nach IFRS und US-GAAP – Purchase Price Allocation, Goodwill und Impairment-Test, 2. Aufl., Stuttgart.

Hachmeister, D./Hermens, A.-S. (2011): Möglichkeiten und Grenzen der Bilanzpolitik durch veränderte Einflussnahme und Goodwillbilanzierung, in: Betriebswirtschaftliche Forschung und Praxis, Jg. 63, Heft 1, S. 37-52.

Lüdenbach, N. (2009): § 31 Unternehmenszusammenschlüsse, in: Lüdenbach, N./Hoffmann, W.-D. (Hrsg.), Haufe IFRS-Kommentar: Der Standard bei IFRS-Anwenden, 9. Aufl. Freiburg.

Zwirner, C./Künkele, K. P. (2010): Full Goodwill nach IFRS 3 – Ermittlung, Fortschreibung und Bilanzpolitik, in: Zeitschrift für Internationale Rechnungslegung, Jg. 5, Heft 6, S. 253-255.

Bemerkung: Dieses Thema ist nur für Studierendende wählbar, die bereits das Modul „Grundlagen der Jahresabschlusserstellung“ belegt haben.

Thema 03 (Betreuerin: Dr. Daniela Maccari-Peukert)**Corporate Governance auf Ebene der Europäischen Union – Vorschläge und Initiativen der Europäischen Kommission**

Mit dem am 5. April 2011 veröffentlichten Grünbuch "Europäischer Corporate Governance-Rahmen" hat die Europäische Kommission eine öffentliche Konsultation eingeleitet, um die mögliche Ausgestaltung eines Corporate Governance Frameworks für europäische Unternehmen sowie die Frage, wie die Corporate Governance dieser Unternehmen verbessert werden kann, zu diskutieren.

Im Jahr 2012 führte die Europäische Kommission eine weitere öffentliche Konsultation zur Zukunft des europäischen Gesellschaftsrechts durch. Da die Themengebiete Corporate Governance und Gesellschaftsrecht nicht losgelöst voneinander betrachtet werden können, mündeten das Grünbuch und die Konsultation zur Zukunft des europäischen Gesellschaftsrechts nun in einer gemeinsamen Initiative der Europäischen Kommission.

Die am 12. Dezember 2012 veröffentlichte Mitteilung der Europäischen Kommission „Aktionsplan: Europäisches Gesellschaftsrecht und Corporate Governance - ein moderner Rechtsrahmen für engagiertere Aktionäre und besser überlebensfähige Unternehmen“ stellt dar, welche legislativen und nicht-legislativen Initiativen die Europäischen Kommission in den kommenden Jahren plant, um den bestehenden Rechtsrahmen weiterzuentwickeln. Als Hauptaktionsbereiche nennt die Europäische Kommission hierbei die Stärkung der Transparenz zwischen Gesellschaften und Investoren, die Förderung eines längerfristigen Engagements der Aktionäre sowie die Verbesserung des Rechtsrahmens für grenzüberschreitende Tätigkeiten von Unternehmen.

Ziel der zu erstellenden Seminararbeit ist es, zunächst das Grünbuch der Europäischen Kommission "Europäischer Corporate Governance-Rahmen" sowie die zentralen Ergebnisse der Konsultation zu diesem darzustellen und einer kritischen Würdigung zu unterziehen. Hieran anschließend soll eine Darstellung des Aktionsplans der Europäischen Kommission erfolgen, wobei insbesondere die Aspekte Betrachtung finden sollen, die sich auf die bereits im Grünbuch diskutierten Themen beziehen.

Einstiegsliteratur:

Das Grünbuch in seiner deutschen Übersetzung ist im Internet abrufbar unter der URL:
<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2011:0164:FIN:DE:PDF>
(Stand: 10. Januar 2013).

Der Aktionsplan in seiner deutschen Übersetzung ist im Internet abrufbar unter der URL:
http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/modern/121212_company-law-corporate-governance-action-plan_de.pdf (Stand: 10. Januar 2013).

Jung, S. (2011): Das Grünbuch der Kommission zu einem europäischen Corporate Governance-Rahmen und die Weiterentwicklung des Europäischen Gesellschaftsrechts, in: Betriebs-Berater, Heft 33, S. 1987- 1993.

Wollmert, P./Oser, P./Orth, C. (2011): Reformüberlegungen zum Corporate Governance Framework in Europa, in: Der Betrieb, Heft 25, S. 1432-1440.

Thema 04 (Betreuer: M.Sc. Karsten Rauch)**Die Darstellung des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Konzernlagebericht nach deutschen Normen**

Gemäß § 315 Abs. 2 Nr. 5 HGB haben Konzerne, deren Mutterunternehmen oder ein in den Konzernabschluss einbezogenes Tochterunternehmen als kapitalmarktorientiert gemäß § 264d HGB gelten, in ihrem Konzernlagebericht die wesentlichen Merkmale ihres internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess darzustellen. Die Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) stellen Grundsätze ordnungsmäßiger Konzernrechnungslegung dar und konkretisieren das Gesetz. Gemäß diesen Regelungen haben Unternehmen im Konzernlagebericht zudem die Ausprägungen des allgemeinen (nicht rechnungslegungsbezogenen) Risikomanagementsystems darzustellen. Am 14. September 2012 hat das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) einen neuen Standard (DRS 20) zur Konzernlageberichterstattung veröffentlicht, welcher unter anderem festlegt, welche Angaben zu diesen beiden Berichtsbestandteilen getätigt werden müssen. Der Standard ersetzt die Standards DRS 15 (Lageberichterstattung) und DRS 5 (Risikoberichterstattung).

Ziel der zu erstellenden Arbeit ist es, ausgehend von einer Darstellung der normativen Entwicklungen in Bezug auf die Berichterstattung über das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem, auf die Regelungen des DRSC anhand des DRS 20 einzugehen. Dabei sind die Angabepflichten sowohl zum internen Kontroll- und Risikomanagementsystem in Bezug auf den Rechnungslegungsprozess, als auch zum allgemeinen Risikomanagementsystem darzustellen und hinsichtlich ihrer Interdependenzen zu untersuchen. Hier soll insbesondere auch auf wesentliche Änderungen, welche DRS 20 im Hinblick auf die Berichterstattung über das allgemeine Risikomanagementsystem mit sich gebracht hat, eingegangen werden. Die dargelegten Sachverhalte sollen anschließend einer kritischen Würdigung unterzogen werden.

Einstiegsliteratur:

DRS 5 (2010): Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 5 (DRS 5) – Risikoberichterstattung (2001), zuletzt geändert am 18.02.2010, Berlin.

DRS 20 (2012): Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 20 – Konzernlagebericht, Berlin.

- Fülbier, R. U./Pellens, B.* (2013): § 315 HGB (Konzernlagebericht), in: Schmidt, K./Ebke, W. F. (Hrsg.), Münchener Kommentar zum Handelsgesetzbuch – Band 4, 3. Auflage, München.
- Kajüter, P.* (2011): Der Risikokonsolidierungskreis bei konzernweiten Risikomanagementsystemen, in: Zeitschrift für erfolgsorientierte Unternehmenssteuerung, Jg. 23, Heft 3, S. 159-164.
- Withus, K.-H.* (2009): Neue Anforderungen nach BilMoG zur Beschreibung der wesentlichen Merkmale des Internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Lagebericht kapitalmarktorientierter Unternehmen, in: Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung, Jg. 9, Heft 7-8, S. 440-451.
- Wolf, K.* (2009): Zur Anforderung eines internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den (Konzern-) Rechnungslegungsprozess gemäß BilMoG, in Deutsches Steuerrecht, Jg. 47, Heft 18, S. 920-925.

Thema 05 (Betreuer: Dipl.-WiWi Philipp Schönfeld)

Der Aufsichtsrat als Organ im dualistischen System

Der Aufsichtsrat und der Vorstand sind die obersten Führungsgremien deutscher Aktiengesellschaften. Dabei obliegt dem Aufsichtsrat gem. § 111 Abs. 1 AktG die zentrale Aufgabe, die Unternehmensführung zu überwachen. Mit Hilfe dieser beiden Organe wird im dualistischen System eine funktionale sowie personelle Trennung hinsichtlich der Führungs- und Überwachungsaufgaben geschaffen. Ferner besitzt der Aufsichtsrat zur Durchführung seiner Aufgaben und zur Sicherstellung einer guten Corporate Governance nach dem Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK) die Möglichkeit, Ausschüsse zu bilden. Im Vergleich dazu ist das weit verbreitete monistische System durch ein nach außen einheitliches Leitungsorgan geprägt. Die Trennung zwischen Führungs- und Kontrollaufgaben wird durch die Bildung von Ausschüssen und unterschiedlichen Zuständigkeiten erreicht.

Ziel der zu erstellenden Seminararbeit ist es, zunächst die normativen Grundlagen in Bezug auf die Zusammensetzung und Aufgaben des Aufsichtsrats im dualistischen System darzustellen. Ferner soll die aktuelle Corporate-Governance-Diskussion über die Zusammensetzung des Aufsichtsrats aufgegriffen und insbesondere das Kriterium der Vielfalt als auch das Kriterium der Aus- und Weiterbildung diskutiert sowie kritisch gewürdigt werden. Abschließend ist ein Vergleich zum angloamerikanischen monistischen System zu ziehen.

Einstiegsliteratur:

DCGK (2012): Deutscher Corporate Governance Codex, abrufbar im Internet unter URL: http://www.corporate-governance-de.de/ger/download/kodex_2012/D_CorGov_Endfassung_Mai_2012.pdf (Stand: 10.01.2013).

Habersack, M. (2008): § 111 AktG – Aufgaben und Rechte des Aufsichtsrats, in: Goette, W./Habersack, M./Kalss, S. (Hrsg.), *Münchener Kommentare zum Aktiengesetz*, 3. Aufl., München.

Vormann, K. (2008): *Corporate Governance: Kodex, Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Aufsichtsrats*, Saarbrücken.

- Zipperling, M.* (2012): Das deutsche Modell der Corporate Governance im Vergleich zum monistischen System und zur SE, in: Grundei, J./Zaumseil, P. (Hrsg.), Der Aufsichtsrat im System der Corporate Governance: Betriebswirtschaftliche und juristische Perspektiven, Wiesbaden, S. 27-56.
- Wollmert, P./Oser, P./Orth, C.* (2011): Reformüberlegungen zum Corporate Governance Framework in Europa: Würdigung des aktuellen EU Grünbuchs „Europäischer Corporate Governance-Rahmen“ aus deutscher Sicht, in: Der Betrieb, Jg. 64, Heft 25, S. 1432-1440.
- Werder, A. v.* (2009): Qualifikation und Auswahl von Aufsichtsratsmitgliedern aus betriebswirtschaftlicher Sicht , in: Hommelhoff, P./Hopt, K. J./Werder, A. v. (Hrsg.), Handbuch Corporate Governance: Leitung und Überwachung börsennotierter Unternehmen in der Rechts- und Wirtschaftspraxis, 2. Aufl., Stuttgart, S. 331-348.
- Werder, A. v.* (2011): Neue Entwicklungen der Corporate Governance in Deutschland, in: Schmalenbachs Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, Jg. 63, Heft 1, S.48-62.

Thema 06 (Betreuerin: B.Sc. Sarina Sterk)**Die Bilanzierung von Mitarbeiter-Aktienoptionen im handelsrechtlichen Jahresabschluss**

Die Ausgabe von Aktienoptionen an Mitarbeiter stellt sowohl national als auch international eine beliebte Vergütungsform innerhalb vieler Unternehmen dar, um Mängel der klassischen Barvergütung von Mitarbeitern zu beseitigen und die Arbeitsmotivation zu steigern. Trotz der hohen wirtschaftlichen Bedeutsamkeit dieses Vergütungsinstruments hat der deutsche Gesetzgeber bis zum heutigen Tag keine verbindliche gesetzliche Regelung geschaffen, wie die bilanzielle Erfassung von Mitarbeiter-Aktienoptionen erfolgen soll. Während sich in der internationalen Bilanzierungspraxis eine aufwandswirksame Verbuchung von Mitarbeiter-Aktienoptionen etabliert hat, ist ein Ende der Diskussion in Deutschland noch nicht absehbar.

In der zu erstellenden Seminararbeit soll zunächst die Vergütungsform der Mitarbeiter-Aktienoptionen dargestellt werden. Anschließend ist aufzuzeigen, welche Bilanzierungsweisen das deutsche Recht erlaubt und ob eine detaillierte gesetzliche Regelung notwendig ist. Die dargestellten Bilanzierungsmöglichkeiten sind abschließend kritisch zu diskutieren.

Einstiegsliteratur:

ADS (Hrsg.) (1997): § 249 HGB Rückstellungen, in: Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, bearbeitet von Forster, K.-H./Goerdeler, R./Lanfermann, J./Müller, H.-P./Siepe, G./Stolberg, K., Teilband 6, 6. Aufl., Stuttgart.

ADS (Hrsg.) (1997): § 272 HGB Eigenkapital, in: Rechnungslegung und Prüfung der Unternehmen, bearbeitet von Forster, K.-H./Goerdeler, R./Lanfermann, J./Müller, H.-P./Siepe, G./Stolberg, K., Teilband 5, 6. Aufl., Stuttgart.

Ekkenga, J. (2004): Bilanzierung von Stock Options Plans nach US-GAAP, IFRS und HGB: Aktuelle Entwicklungen und aktienrechtliche Zulässigkeit der Aufwandsverrechnung, in: Der Betrieb, Jg. 57, Heft 36, S. 1897-1903.

Esterer, F./Härteis, L. (1999): Die Bilanzierung von Stock Options in der Handels- und Steuerbilanz, in: Der Betrieb, Jg. 52, Heft 41, S. 2073-2077.

Herzig, N. (1999): Steuerliche und bilanzielle Probleme bei Stock Options und Stock Appreciation Rights, in: Der Betrieb, Jg. 52, Heft 1, S. 1-12.

Pellens, B./Crasselt, N. (1998): Bilanzierung von Stock Options, in: Der Betrieb, Jg. 51, Heft 5, S. 217-223.

Simons, D. (2001): Erfolgsneutrale oder erfolgswirksame Buchung von Aktienoptionsprogrammen?: Eine gegenüberstellende Bewertung anhand eines Beispiels, in: Die Wirtschaftsprüfung, Jg. 54, Heft 2, S. 90-99.

Thema 07 (Betreuer: Dipl.-WiWi Malte Wessels)**Die Auswirkung der aktuellen Zinsentwicklung auf die Pensionsrückstellungen deutscher Unternehmen – rechtliche und praktische Problemstellungen**

Mit der Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) im Jahr 2009 hat der Gesetzgeber u.a. die Vorgaben zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Pensionsrückstellungen überarbeitet. Die Anpassungen betreffen insbesondere den für die Abzinsung von Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr anzuwendenden Zinssatz. Durch den Wegfall der umgekehrten Maßgeblichkeit konnte in diesem Zusammenhang nicht mehr auf den steuerrechtlich vorgegebenen festen Abschreibungszinssatz zurückgegriffen werden. § 253 Abs. 2 HGB schreibt deshalb die Anwendung des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen sieben Jahre vor. Herausgeber dieser Rechengröße ist die Bundesbank.

Die aktuellen Zinssätze bewegen sich auf einem niedrigen Niveau. Dies hat Auswirkungen auf den Durchschnittszins. Zusammen mit der gestiegenen Lebenserwartung stellen die niedrigen Zinsen eines der Hauptprobleme für die zukünftige Erfüllung der Pensionsverpflichtungen deutscher Unternehmen dar. Die Wirkung ist dabei doppelseitig: Zum einen werden die Pensionsverpflichtungen weniger stark abgezinst, zum anderen können die Unternehmen mit den verschiedenen Anlageformen zur Sicherung der Rückstellungen nicht mehr die nötigen Renditen erwirtschaften.

Ziel der zu erstellenden Arbeit ist es zunächst die Bilanzierung von Pensionsrückstellungen nach HGB mit einem besonderen Fokus auf den marktüblichen Durchschnittszinssatz gem. § 253 Abs. 2 HGB kurz darzustellen. Dabei sollen u.a. die Kritikpunkte, die bei der Einführung des BilMoG geäußert wurden, neu aufgegriffen werden. Ebenso sollte eine beispielhafte Berechnung einer zu bilanzierenden Pensionsrückstellung in die Arbeit aufgenommen werden.

Der praktische Teil der Arbeit soll daran anschließend eine Analyse der Pensionsrückstellungen in den Bilanzen der DAX-30-Unternehmen beinhalten. Ein Fokus ist dabei auch auf den Deckungsgrad der Pensionsverpflichtungen zu legen. Es ist außerdem wünschenswert, dass sich diesem Teil der Arbeit eine kritische Würdigung anschließt.

Einstiegsliteratur:

Bertram, K./Johannleweling, A./Roß, N./Weiser, M. F. (2011): Handelsrechtliche Bilanzierung von Altersversorgeverpflichtungen nach IDW RS HFA 30, in: Die Wirtschaftsprüfung, Jg. 64, S. 57-69.

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2013): Abzinsungzinssätze gemäß § 253 Abs. 2 HGB, abrufbar im Internet unter URL: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Geld_Und_Kapitalmaerkte/Zinssaetze_Renditen/abzinsungzinssaetze.pdf?__blob=publicationFile (Stand: 18. Januar 2013).

Maier, A./Janson, M./Klipstein, S. (2012): Die Pensionslücken der DAX-Konzerne, in: Financial Times Deutschland (FTD) 1m 15. August 2012, abrufbar im Internet unter URL: <http://www.ftd.de/unternehmen/:betriebliche-altersvorsorge-die-pensionsluecken-der-dax-konzerne/70076469.html> (Stand: 18. Januar 2013).

Thema 08 (Betreuer: M.Sc. Franz Patrik Grimmeisen)

Grundsätzliche Bewertungsverfahren gemäß IDW S 1

Der IDW S 1 beschreibt die allgemeinen Grundsätze, nach denen Wirtschaftsprüfer Unternehmen bewerten. Für die Behandlung von Bewertungsfällen gibt der Standard einen Rahmen vor, an dem sich Wirtschaftsprüfer bei der Bewertung von Unternehmen orientieren. In der Seminararbeit sollen zunächst die verschiedenen Anlässe, die eine Unternehmensbewertung erfordern, aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang soll insbesondere auch auf die Funktion des Wirtschaftsprüfers bei Unternehmensbewertungen eingegangen werden.

Anschließend soll in der zu erstellenden Seminararbeit sowohl das Ertragswertverfahren sowie das Discounted Cash Flow-Verfahren vorgestellt werden, die beide auf der Ermittlung des Barwerts zukünftiger finanzieller Überschüsse basieren. Es soll das grundsätzliche Vorgehen beider Konzepte beleuchtet werden sowie ein Vergleich gezogen werden. Des Weiteren ist im Rahmen der Seminararbeit kurz auf Besonderheiten einzugehen, die sich bspw. bei der Bewertung von wachstumsstarken oder ertragsschwachen Unternehmen ergeben können. Die Ergebnisse sind einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Einstiegsliteratur:

Ballwieser, W. (2011): Unternehmensbewertung: Prozeß, Methoden und Probleme, 3. Aufl., Stuttgart.

IDW RS HFA 16 (2005): IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Bewertungen bei der Abbildung von Unternehmenserwerben und bei Werthaltigkeitsprüfungen nach IFRS (IDW RS HFA 16), Düsseldorf.

IDW S 1 (2008): Grundsätze zur Durchführung von Unternehmensbewertungen (IDW S 1 i.d.F. 2008), Düsseldorf.

Meinert, C. (2011): Neuere Entwicklungen in der Unternehmensbewertung (Teil I), in: Der Betrieb, Jg. 64, Heft 43, S. 2397-2403.

Zitelsberger, A. (2010): § 20 Unternehmensbewertung, in: Schüppen, M./Schaub, B. (Hrsg.), Münchener Anwalts Handbuch Aktienrecht, 2. Aufl., München.

Thema 09 (Betreuer: M.Sc. Karsten Rauch)**Risikoberichterstattung von Banken und Versicherungen nach DRS 20**

Der Risikobericht von Unternehmen ist für Abschlussadressaten von besonderer Bedeutung, da er ein Berichtsinstrument des Lageberichts darstellt, welches zukunftsorientierte und prognostische Informationen über die Entwicklung des Unternehmens offenlegt. Er trägt damit in hohem Maße zur Entscheidungsnützlichkeit der Informationen des Lageberichts bei. Insbesondere vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 wurde die Ausgestaltung der Risikoberichte der Unternehmen in letzter Zeit vermehrt kritisiert. Am 2. November 2012 hat das Deutsche Rechnungslegungs Standards Committee (DRSC) einen neuen Standard zur Konzernlageberichterstattung (DRS 20) verabschiedet. Dieser Standard führt die bis dato bestehenden Regelwerke zur Konzernlageberichterstattung (DRS 15, DRS 5, DRS 5-10, DRS 5-20) zusammen. Die in DRS 20 enthaltenen branchenübergreifenden Vorschriften zur Risikoberichterstattung werden durch branchenspezifische Vorschriften einerseits für Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute und andererseits für Versicherungsunternehmen ergänzt. Hierdurch soll den spezifischen Anforderungen an die Berichterstattung dieser Unternehmen durch Modifikationen und Ergänzungen der allgemeinen Regelungen Rechnung getragen werden.

Ziel der Seminararbeit ist es, zunächst die Einbettung der handelsrechtlichen Risikoberichterstattung in das System der Risikoberichtspflichten von Banken und Versicherungen aufzuzeigen. Darauf aufbauend soll ein Überblick über die Unterschiede der Regelungen zur Risikoberichterstattung von Unternehmen dieser Branchen zu den Regelungen der branchenunabhängigen Risikoberichterstattung gegeben werden. Die dargestellten Sachverhalte sind abschließend einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

Einstiegsliteratur:

DRS 20 (2012): Deutscher Rechnungslegungs Standard Nr. 20 – Konzernlagebericht, Berlin.

Freidank, C.-C./Sepetauz, K. (2013): (Konzern-)Lageberichterstattung nach DRS 20 – Bestandsaufnahme und Darstellung der Änderungen, in: Steuern und Bilanzen, Jg. 15, Heft 2, S. 54-60.

Senger, T./Brune, J. (2012): DRS 20: Neue und geänderte Anforderungen an den Konzernlagebericht, in: Die Wirtschaftsprüfung, Jg. 65, Heft 24, S. 1285-1289.

Weber, D. (2010): Ziele und Erfolgsfaktoren der externen Risikoberichterstattung von Kreditinstituten, in Zeitschrift für internationale und kapitalmarktorientierte Rechnungslegung, Jg. 10, Heft 4, S. 208-216.